

Nicht im Verborgenen

Rechte von Prostituierten schützen! **VON EVRIM SOMMER**



Über kaum ein Thema wurde in den letzten Wochen so heiß diskutiert wie über Prostitution. Angestoßen wurde diese Debatte von Alice Schwarzers lautem Aufruf zu deren Abschaffung. Die »Emma«-Herausgeberin fordert dies seit Jahrzehnten und propagiert dabei das »Schwedische Modell«. Dort steht seit 1999 der Kauf von sexuellen Dienstleistungen unter Strafe. Durch ein Anti-Freier-Gesetz, welches Bestandteil des Gesetzespaketes »Kvinnofrid« (Frauenfrieden) ist, sind es die Freier, die kriminalisiert werden. Prostituierte hingegen machen sich keiner kriminellen Handlung schuldig. Dieses Modell ist weltweit einmalig, und die schwedische Regierung wird nicht müde, für dieses Modell zu werben.

Leider funktioniert es in der Realität nur nicht so, wie sich ihre Erfinderinnen das vorgestellt hatten. In Schweden ging zwar die sichtbare Prostitution zurück – in den großen Städten um 50 Prozent –, aber bloß, weil sie nun im Verborgenen stattfindet. Kontakte werden im Internet geknüpft. Schwedische Freier werden jetzt zu Sextouristen. Besonders beliebt ist Berlin. Obwohl das Gesetz die Prostituierten schützen soll, verschlechtert es ihre Situation unheimlich. Nun müssen sie in einer Grauzone agieren, in der sie ungeschützt sind. Sie können dubiose und gewalttätige Freier nicht mehr ablehnen. Sozialarbeiter/innen können Prostituierte so schwer erreichen, um eventuelle Ausstiegsmöglichkeiten mit ihnen zu erarbeiten.

Das gesamte Gesetz ist zudem juristisch paradox. Die Prostituierte wird de facto zur Mittäterin, denn ohne sie könnte der Täter gar keine Straftat ausüben. Es ist auch schwierig, die Freier zu belangen. Dafür braucht man Zeugen, und die gibt es meist nicht. Damit ist das Gesetz eigentlich wirkungslos, schafft aber stattdessen neue Tabus. Dennoch werden Alice Schwarzer und ihre politischen Trittbrettfahrer nicht müde, dieses Modell zu propagieren.

Eines der Grundprobleme ist die Vermengung von sexueller Sklaverei und freier Prostitution. Sexarbeiterinnen werden pauschal zu Opfern erklärt, und es wird ihnen ihre souveräne Entscheidungskraft abgesprochen. Dabei ist sexuelle Sklaverei nur ein Randbereich der Prostitution. Nun schreibt die angehende CDU/CSU-SPD-Koalition bereits in den Koalitionsvertrag, dass das deutsche »Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der Prostitution umfassend« zu überarbeiten sei.

In Deutschland wurde 2002 unter SPD und Grünen ein Prostitutionsgesetz eingeführt, das diese entkriminalisierte, Prostituierte rechtlich bestellte und ihnen den Zugang zu sozialer Absicherung ermöglichen sollte. Das Gesetz zog gewissermaßen die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass eine Hure nicht automatisch ein Opfer, ein Bordellbetreiber nicht automatisch ein Zuhälter und die Branche nicht automatisch eine Hochburg der organisierten Kriminalität ist. Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn es Lücken aufweist und weiterentwickelt werden muss.

Prostituierte fühlen sich heute ihren Kunden gegenüber nicht mehr rechtlos. Ja, sie können sogar ihr Honorar einklagen. Der Hurenverband Hydra e.V. sagt: »Das deutsche Modell steht vor allem für menschenwürdige Rahmenbedingungen in der Prostitution. In vielen Ländern werden wir darum beneidet, dass es legale Bordelle mit sicheren, hygieni-

schon Arbeitsbedingungen gibt, dass Prostituierte weniger in Wälder oder Industriebrachen abgedrängt werden und vom Gesetz her vor der Willkür und Gewalt von Kunden, Zuhältern, Polizisten oder marodierenden Banden geschützt sind.«

Nun ist das aber auch wieder ein Problem. Denn diese besseren Arbeitsbedingungen führen dazu, dass Frauen insbesondere aus Osteuropa nach Deutschland kommen, um hier als Prostituierte zu arbeiten. Nur ein verschwindend geringer Teil davon wird nach Deutschland verschleppt. Viele wissen, dass man das schnelle Geld nicht mit Putzen macht.

August Bebel beschrieb 1879 in »Die Frau und der Sozialismus« die Prostitution als ökonomisches Phänomen, welches aus der ökonomischen Überlegenheit des Mannes resultiert. Kurz gesagt: Frauen brauchen Geld, Männer haben es. Das ist heute auch nicht viel anders. Sex verkauft sich besser. Obwohl nur wenige Frauen diesen Weg gehen, halten einige Frauen dies für besser, als prekär bei ALDI beschäftigt zu sein.

So kommt es eben auch darauf an, dass wir die Rechte dieser Frauen schützen. Sexarbeit darf nicht im Verborgenen stattfinden! Dort nämlich wird sie gefährlich. Populistisches Geschrei nach Verboten hilft weder den Prostituierten noch den Opfern von Menschenhandel. Um Menschenhandel und damit verbundene sexuelle Versklavung gezielt zu bekämpfen, müssen wir Opferschutz gewährleisten und ein Aufenthaltsrecht in unserem Land bieten. Wir müssen die Infrastruktur aus Frauenprojekten stärken und Verbote abbauen. Nur so können wir diese Frauen schützen, ihnen sichere Arbeitsbedingungen oder Möglichkeiten zum Ausstieg bieten. Sexarbeit ist keine Arbeit wie jede andere, aber sie ist eine Arbeit! ◀

**EVRI M SOMMER IST FRAUENPOLITISCHE
SPRECHERIN DER LINKE-FRAKTION IM
BERLINER ABGEORDNETENHAUS.**